

Kolumbien-aktuell

No. 442 29. November 2006

- 1. Politik: Zeiten der Herrschaft der Meisterdiebe**
- 2. Soziale Bewegungen: Die kolumbianischen Frauen weisen einen Weg zum Frieden – die Bewegung Ruta Pacifica**
- 3. Menschenrechte: Nein zu Gewalt gegen Frauen!**
- 4. Gastkolumnist: Das Vallenato – Duell**

Leitungsequipe:

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

Direktion:

Natalia Rey

Assistentin:

Ana Lucia Rodriguez

Redaktion:

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camino Tamayo

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinep.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz
e-mail: askluzern@datacomm.ch; Internet: www.askonline.ch

1. Politik: Zeiten der Herrschaft der Meisterdiebe

Von Hernando Llano Angel, Professor der Universität Javeriana in Cali

Über die Kontroversen rund um die Untersuchungen des Obersten Gerichtshofes hinaus –die meisten befinden sich noch in der Ermittlungsphase – gegen berühmte Mitglieder des Uribismus im Kongress wegen ihrer kriminellen Symbiose mit dem Paramilitarismus, geht es nicht so sehr um die Erhellung der historischen Wahrheit oder Schuld oder Unschuld einiger Protagonisten der Parapolitik. Was tatsächlich auf dem Spiel steht, ist die Existenz der Politik an sich und ihrer Praxis als eine öffentliche Ausübung der Würde und Bescheidenheit oder im Gegenteil die Mutation der Politik zu einer geheimen Aktivität, wo es nicht mehr möglich ist, den Kriminellen vom Politiker zu unterscheiden.

Wir erleben die Schlussphase einer brutalen Metamorphose unserer Institutionen und ihrer sich mutierenden Protagonisten. Diese Metamorphose hat erschütternde Stationen wie die öffentliche Inszenie-

rung des Horrors des Justizpalastes¹ inmitten des nationalen Machtzentrums durchlaufen. Dabei wurde jeder Hauch von Menschenrechten und Humanitärem Völkerrecht durch die kombinierte Aktion einer verblendeten Guerilla und einer Überheblichkeit des Präsidenten, stimuliert durch das militärische Ra-
chegefühl, hinweg gefegt.

Dann erlitten wir die Phase des Narcoterrorismus im Kampf gegen die Auslieferung an die USA, die provisorisch durch den inzwischen wieder abgeschafften Artikel 35 der Verfassung von 1991 überwunden werden konnte. Der Art. 35 verbot die Auslieferung von KolumbianerInnen. Danach wussten wir durch den Prozess 8000², dass die tödliche Macht des gewaschenen Geldes politisch wirksamer war als die terroristische Gewalt von Drogenzar Escobar.

Doch was wir heute erleben, ist weit schwerwiegender. Es ist nicht weniger als die erfolgreiche Metamorphose dieser Symbiose zwischen Verbrechen und Politik. Wir sehen mit Erstaunen wie aus der Puppe des Drogenhandels und des Terrors ein hübscher Schmetterling mit schillernden Flügeln schlüpft, aus denen das Kastanienrot hervorsticht, übergehend über ein Preussischblau bis zu einem transparenten und kristallinen Weiss.

Der vielfarbige und vielgestaltige Schmetterling gaukelt durch den öffentlichen Raum und die Wahlen in unvorstellbaren akrobatischen Flügen, einige Male ein U, andere Male ein C oder ein L fliegend und sich straflos in den Spitzenpositionen der staatlichen Macht niederlassend.

In derart hohen institutionellen Gefilden bekommen seine Flügel mehr Kraft und Reichweite, denn seine Existenz wird als unvermeidbar betrachtet, um diesen anderen schrecklichen roten Käfer zu besiegen, der seit undenklichen Zeiten da ist, mit einer immer grösseren Fähigkeit zur Mutation und sich zu verstecken, was heute mit dem Begriff des Terrorismus bezeichnet wird.

Der subtile Schmetterling bekommt so Legitimität und versucht über Gut und Böses hinaus zu fliegen, über die Verfassung und die Gesetze hinaus, daher verfallen einige seiner Mitglieder in terroristische Aktionen, die heute vom Staatsanwalt bloss als „plumpe Montage und absurder Betrug“ bezeichnet werden, so die gewaltsamen Aktionen, welche vom Armeemajor Jaime Efrén Hermida und dem Hauptmann Luis Gerardo Barrero verübt wurden. Falsche Erfolgsmeldungen, welche nach Präsident Uribe nie existiert haben.

Jede Metamorphose setzt ihre eigene Legalität und Rechtsbarkeit durch. Darum hat der Präsident zu Beginn seiner Amtszeit und in einer ersten Phase dieser nun abgeschlossenen Symbiose zwischen dem Verbrechen und der Politik das Gesetz 782 von 2003 voran getrieben, welches die Aufnahme von Gesprächen – nie Verhandlungen – mit den Kommandanten der AUC erlaubte, welche als gewöhnliche Verbrecher eingestuft wurden.

Im Verlaufe der Entwicklung der Gespräche – Bedingung für deren Aufnahme waren die Einstellung des Terrorismus und der Feindseligkeiten – haben die AUC mindestens 3'000 Morde verübt und haben bis heute mehr als 300 Entführte nicht freigelassen. Diese Zahl nennt die Organisation „Freies Land“, eine Stiftung, welche vom jetzigen Vizepräsidenten Francisco Santos gegründet wurde, welcher heute von Seiten der Regierung für die Förderung, den Schutz und die Einhaltung der Menschenrechte zuständig ist.

Im Verlaufe der Gespräche unter der Koordination des Psychiaters und Philosophen Luis Carlos Restrepo wurde eine ausserordentliche Wandlung der Persönlichkeit und der Identität dieser gefürchteten und traumatisierten Patienten möglich.

Diese werden rehabilitiert und zu politischen Akteuren, dank der juristischen Weisheit des jetzigen Generalstaatsanwalts, der noch als Vizejustizminister, den Weisungen des Ex-Fenalco (A.d.Ü. Fenalco ist ein mächtiger Wirtschaftsverband) Präsidenten Sabas Pretelt folgend, den Inhalt des Gesetzes Ge-

¹ Am 6. November 1985 besetzte der M-19 den Justizpalast. Bei der militärischen Rückeroberung wurden rund 100 Personen getötet, darunter praktisch der gesamte Oberste Gerichtshof. 11 Personen der Cafeteria wurden zum Verschwinden gebracht. Ihr Schicksal ist bis heute nicht bekannt. (Anmerkung des Übersetzers)

² Die unter der Bezeichnung Prozess 8000 geführte Untersuchung zeigte die enge Verbindung von Politikern mit dem Drogenhandel auf. (A.d.Ü)

rechtigkeit und Frieden aushandelte und die Forderung seiner Klienten berücksichtigte, als politische Täter behandelt zu werden.

Dies alles geschah auf Befehl von Präsident Uribe, der meint, dass „es sehr schwierig ist, eine Trennlinie zwischen jenen zu ziehen, welche an politischen Delikten der Rebellion und des Aufruhrs beteiligt waren und jenen, welche Drogen hergestellt und mit ihnen gehandelt haben“. Dies sagte Uribe in einer öffentlichen Erklärung gegenüber RCN. Damit endete die erste Phase der Metamorphose der Symbiose zwischen dem Verbrechen und der Politik.

Die zweite Phase beginnt mit der Wiederwahl des Zauberers dieser Verwandlung. Dabei werden die Stimmen von Senatoren und Kongressisten nicht verschmäht, welche dem Paramilitarismus nahe stehen.

Dies zuerst durch die Annahme des Legislativaktes, welcher die Einführung der unmittelbaren Wiederwahl des Präsidenten ermöglicht und dann bei der erfolgreichen Wiederwahlkampagne. Darum macht es keinen Sinn, Beweise über die Verantwortung des Präsidenten bei der Herausbildung dieser Herrschaft der Meisterdiebe zu suchen, denn dazu haben nicht nur die Mehrheit der 69 Senatoren und 102 Kongressisten beigetragen, welche Uribe im Kongress unterstützen, sondern mehr als 7 Mio. KolumbianerInnen, welche ihn wieder wählten, auch wenn dies nur 18% aller Wahlfähigen sind.

In der Politik geht es nicht darum, persönliche Schuld festzuhalten, sondern kollektive Verantwortlichkeiten. Zweifellos ist das Vertrauen der Mehrheit dieser 7 Mio. BürgerInnen erschwindelt und erstohlen worden dank der geschickten präsidentialen Manipulation, die die Angst der BürgerInnen vor den Angriffen des roten Käfers mit der naiven Hoffnung in einen Präsidenten zu verbinden wusste, welcher gegen Vetternwirtschaft und Korruption zu kämpfen versprach.

Heute sehen wir, dass seine Alliierten und Weggefährten stark in den vielfältigen und vielfarbigen Schmetterling des Paramilitarismus involviert sind. Darum leben wir in Zeiten der Herrschaft der Meisterdiebe, der Regierung der unerschrockensten und geschicktesten Diebe, welche das Vertrauen der BürgerInnen stehlen und dabei als Heilige und Tugendhafte posieren.

Glücklicherweise kann die Herrschaft der Diebe noch herausgefordert und über Wahlen in vielen Teilen des Landes geschlagen werden. Nicht weniger als das steht bei den kommenden Regionalwahlen von 2007 auf dem Spiel. Dabei braucht es nicht nur Garantien für einen freien und fairen Wahlkampf, sondern auch verantwortliche BürgerInnen, welche der Manipulation der Medien und moralischen Heuchlerei widerstehen und ihre Rolle bewusst wahrnehmen und die Rettung einer falschen „Demokratie“ nicht an Dritte delegieren und auch nicht glauben, dass das Land Eigentum einiger Weniger ist. Geschieht dies nicht, so wird sich die Metamorphose der Herrschaft der Meisterdiebe unter dem betrügerischen Motto des Präsidenten „Kolumbien zuerst“ auf das ganze Land ausdehnen.

2. Soziale Bewegungen: Die kolumbianischen Frauen weisen einen Weg zum Frieden – die Bewegung Ruta Pacifica

Die Ruta Pacifica führte diese Woche Kundgebungen für Gerechtigkeit und Frieden durch, in Kritik gegen den laufenden Demobilisierungsprozess der paramilitärischen AUC.

Von Ana Lucía Rodríguez, Kolumbien-aktuell

„(De-)mobilisierung“ ist das erste Wort der soeben veröffentlichten Untersuchung der Friedensfrauenbewegung Ruta Pacifica. Hauptanklagepunkt ist dabei, dass beim Friedensprozess mit den Paramilitärs das wichtigste Opfer die Wahrheit ist. Diese feministische, pazifistische und antimilitaristische Frauenbewegung klagt ebenfalls an, dass nach der vermeintlichen Aufhebung der militärischen Strukturen der AUC und der Wiedereingliederung ihrer Mitglieder, mehr als 281 Verbrechen gegen das Leben und die Freiheit von Frauen und Mädchen in den Departements Santander, Chocó, Cartagena und in Medellín verübt wurden.

Die Ruta Pacifica wurde 1996 gegründet und hat in den zehn Jahren ihrer Existenz mehr als 17'000 Frauen mobilisiert. Heute ist die Bewegung in acht Regionen des Landes und in der Hauptstadt präsent, wo auch die nationale Koordination ihren Sitz hat. Der Ruta Pacifica gehören 315 Mitgliedsorganisationen an. Die Bewegung hat über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung bekommen, so wurde ihr im Jahr 2001 der Friedenspreis der UNO-Frauenorganisation UNIFEM verliehen. Auf nationaler Ebene wurde die Ruta Pacifica an wichtige Treffen und Verhandlungen mit den bewaffneten Akteuren eingeladen.

Die Kritik der Ruta Pacifica an der Demobilisierung der AUC ist – wie auch die Kritik verschiedener Menschenrechtsorganisationen – nicht gegen den Friedensprozess als solchen gerichtet. Die Ruta Pacifica steht für eine politische Lösung des Konfliktes ein. Die Kritik richtet sich gegen die Art und Weise, wie diese Verhandlungen mit den Paramilitärs geführt wurden. Die Forderungen der Ruta Pacifica folgen einer Gender-Perspektive und richten sich gegen die Existenz einer „Neuaufgabe“ der paramilitärischen Verbände. Diese ist für viele kein Geheimnis mehr und hoffentlich halten es auch jene nicht einfach für üble Nachrede, welche hier eine Rolle zu übernehmen hätten.

Im Rahmen des Internationalen Tages gegen die Gewalt an Frauen wollte die Ruta einen Aufruf zur Wahrheit in Bezug auf den Paramilitarismus und den versuchten Wiedereingliederungsprozess der Paramilitärs ins Zivilleben machen. Beim 5. Nationalen Frauentreffen und der Mahnwache vom 23. November, welche unter dem Slogan „Mit Schweigen gibt es weder Gerechtigkeit noch Frieden“ standen, wurde auch eine Kundgebung von 1200 Frauen durchgeführt, welche auf dem Bolivarplatz vor dem Präsidentenpalast endete. Dort wurde in symbolischen Akten und künstlerischen Darbietungen jeder Region der kolumbianischen Gesellschaft gesagt, dass die Ruta einen Friedensprozess will, dass sie keinen Krieg mehr und auch kein Schweigen will, dass die kolumbianischen Frauen Wahrheit und Wiedergutmachung wollen.

Die Mahnwache fand in Bogota statt, doch die Ruta hat Jahr für Jahr grosse Kundgebungen in verschiedenen Regionen des Landes durchgeführt, so in Cartagena, in Quibdó, in Urabá und im Putumayo. Diese massiven Treffen und Mobilisierungen sind für die Aktivistinnen der Ruta der wichtigste Fortschritt in diesen zehn Jahren. An diesen Mobilisierungen beteiligen sich Frauen aus dem ganzen Land und es wird eine klare Botschaft vermittelt, was die Ruta möchte: Ein Ende der Gewalt und eine Gesellschaft, die auf den Prinzipien von Gerechtigkeit und Friede beruht.

Für die Ruta kommt das Schweigen, die Straflosigkeit und die Situation der Nichtwiedergutmachung gegenüber den Opfern bei den Frauen von der häuslichen Gewalt her. Heute können sowohl die Täter von häuslicher Gewalt wie auch anderer Verbrechen auf lasche Gesetze zählen. Die betroffenen Frauen haben wenig Garantien, um ihre Angst vor einer Anklage zu überwinden. Ihrer Meinung nach waren diese Rollen die Wiege der gewalttätigen Realität, welche die Frauen heute inmitten des Konfliktes erleben, welcher sie zu „Territorien der Gewalt“ macht.

So fällt es nicht schwer sich vorzustellen, dass die Forderung nach Wahrheit und Wiedergutmachung inmitten des Krieges und aus einer feministischen Sicht noch schwieriger ist, als aus einem anderen Blickwinkel. Folter, sexuelle Gewalt und Ermordung von Frauen ist in Kolumbien nicht vollständig erfasst, dies vermutlich wegen der Angst der Frauen vor einer Anklage und der Einforderung ihrer Rechte. Zudem sind die Zahlen über den Konflikt oft nicht geschlechtsspezifisch aufgeteilt, was zu einer noch grösseren Desinformation über die Gewalt an Frauen in diesem Krieg führt.

Darum hat diese Bewegung zum Ziel, Aussagen von betroffenen Frauen aus verschiedenen Teilen des Landes sichtbar zu machen. Diese Aussagen werden auf Videos aufgenommen, fliessen in Dokumente und öffentliche Erklärungen ein und zeigen auf, dass die kolumbianischen Frauen Opfer von sexueller Gewalt und zudem eine „Kriegsbeute“ sind.

Mögliche Fortschritte auf rechtlicher Ebene

Letzten Mittwoch wurde im Kongress ein Gesetzesprojekt eingegeben mit dem Titel „Gesetz für ein würdiges Leben, frei von Gewalt gegen die Frauen“. Bei der Ausarbeitung des Gesetzesprojektes wurden verschiedene Frauenorganisationen konsultiert, so auch die Ruta. Das Gesetz geht u.a. davon aus, dass die Gewalt gegen Frauen hohe soziale Kosten verursacht und diese Menschenrechtsverletzung ein

Akt der Diskriminierung und Unterwerfung darstellt. Der Gesetzesvorschlag ist eine Initiative der kürzlich geschaffenen Frauenfraktion im Kongress, welche Massnahmen für einen besseren Schutz der Frauen nicht nur gegenüber dem bewaffneten Konflikt, sondern auch gegenüber allen anderen Formen von Gewalt gegen Frauen antreibt.

Hervorzuheben ist, dass alle Kongressistinnen – verschiedenster Parteien und politischer Haltungen – sich an diesem Gesetzesprojekt beteiligten. Sie versuchten die Bedürfnisse und Klagen der kolumbianischen Frauen aus verschiedensten Schichten aufzunehmen. Ziel dieser Frauenfraktion ist die Schaffung einer Sonderkommission, welche das Gender-Thema behandelt.

Das Projekt sieht auch die Ausbildung der Justizbeamten vor, um so geschlechtsspezifische, diskriminierende Ansichten wegzuschaffen, welche sich nachher auch in Gerichtsentscheiden niederschlagen. Dies wäre zweifellos ein Fortschritt, denn dadurch würden nicht nur die Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Frauen anerkannt, sondern ihnen auch Zugang zu gerechteren Prozessen verschafft. Hoffentlich entsteht ein Bewusstsein in Bezug auf die kritische und gewalttätige Situation, welche die Frauen erleben. Und hoffentlich gibt es dazu auch ein Gesetz von Seiten der Regierung und der kolumbianischen Gesellschaft allgemein.

Wir täten gut daran – wie es auch das im Kongress eingereichte Gesetzesprojekt macht – den Fall Spaniens zu studieren. Dort gab es diesbezüglich eine ziemlich beispielhafte Gesetzesrevision. Das gesetzlich klare Vorgehen gegen Täter (von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen, Mädchen und Kinder) führte zu einem sozialen Wandel in Bezug auf die Nichttolerierung von Gewalt gegen Frauen und die Einforderung der Rechte der Frauen. Dabei spielten die Massenmedien eine wichtige Rolle. Spanien schuf auf nationaler und lokaler Ebene eine ganze öffentliche Infrastruktur zur Aufnahme von Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt wurden, so u.a. Telefon-Hotlines, massive Informationskampagnen und Zufluchtsstätten.

Es ist genau diese Kultur der Nichttolerierung von Gewalt, welche die Ruta in Kolumbien fördern möchte, zudem auch die Anerkennung der Frauen als Opfer. Maria Eugenia Sanchez erklärte im Namen der Ruta Pacifica an der Pressekonferenz: „Als Bürgerinnen klagen wir an und verlangen von der Regierung, dass sie mit diesem Klima der Straflosigkeit nicht weiter fährt... das wir kolumbianischen Frauen erleiden. Wir möchten Wahrheit.“

Und nicht zuletzt würde die Berücksichtigung der Frau als Trägerin des Gedächtnisses des Krieges und in ihre Rolle als Friedensstifterin viele noch fehlende Teile zum Puzzle der Wahrheit liefern. Über die Frau wird Geschichte vermittelt und über die Frau wird auch der Schmerz des Konfliktes vermittelt. Der Gesang, die Stimme und das Weinen der Frauen müssen bei einem Prozess der Wahrheit, Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung mitberücksichtigt werden.

3. Menschenrechte: Nein zu Gewalt gegen Frauen!

Am 25. November – dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen – fanden in Kolumbien zahlreiche Aktionen statt. Reflexionen zur Situation der Gewalt gegen Frauen.

Von Kolumbien-aktuell

In einem Land wie Kolumbien, wo die Gewalt das tägliche Brot ist auf den Strassen, im Fernsehen, in den Zeitungen, auf dem Land und selbst in der Sprache, und wo die vielschichtigen Formen der Gewalt auf systematische Weise und aus der Sicht verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen untersucht werden, entgeht uns oft eine Form der Gewalt, die nicht weniger häufig und schädlich wie die anderen ist. Doch diese Form der Gewalt ist derart vertraut in den kollektiven Vorstellungen, dass es vielen Menschen Mühe bereitet, sie als solche zu identifizieren und abzulehnen: Die Gewalt gegen Frauen.

Am 25. November erinnern sich seit dem Jahr 1981 Aktivistinnen auf der ganzen Welt der Ermordung der drei Schwestern Mirabal, welche 1961 von Diktator Rafael Trujillo in der Dominikanischen Republik angeordnet wurde. Im Jahr 1999 wurde der 25. November von der UNO-Generalversammlung als

Internationaler Tag gegen die Gewalt an Frauen deklariert. Jedes Jahr führt die UNO anlässlich dieses Datums breit angelegte Kampagnen und Aktionen durch zur Verteidigung der Frauenrechte.

Doch der grösste Erfolg liegt vielleicht in der Umsetzung von rechtlichen Massnahmen auf internationaler und regionaler Ebene, um die Pflichten der Staaten zur Prävention der Frauen vor Gewalt und zur Ausmerzung und Bestrafung von Gewalt gegen Frauen einzufordern. Darauf machte auch UNO-Generalsekretär Kofi Annan in einer Mitteilung aufmerksam.

Die Interamerikanische Konvention, welche in Belém do Pará in Brasilien am 9. Juli 1994 verabschiedet wurde „zur Prävention, Bestrafung und Ausmerzung der Gewalt gegen die Frau“, trat in Kolumbien am 15. Dezember 1996 in Kraft. Darin wird Gewalt an Frauen wie folgt definiert: „Jede Handlung oder Haltung, welche aufgrund des Geschlechtes Tod, Schädigung, körperliches oder seelisches Leid der Frau zufügt, sei es im öffentlichen oder privaten Bereich.“ Durch die Annahme dieser Konvention verpflichtete sich Kolumbien u.a. in die Gesetzgebung Normen gegen die Gewalt an Frauen aufzunehmen wie auch schon bestehende Gesetze zu ändern oder aufzuheben, welche zur Tolerierung von Gewalt an Frauen beitragen.

Aufgrund der komplexen Umstände im Bereich der Menschenrechte – zu einem Grossteil Folge der Dynamik des internen bewaffneten Konfliktes – ist Kolumbien kein leichtes Gebiet, um die diesbezüglichen internationalen Normen durchzusetzen und einzuhalten.

Es ist von alters her bekannt, dass die Frauen für die Kriegsparteien stets als Kriegsbeute betrachtet wurden. Ihre Körper wurden – wie es Feministinnen und MenschenrechtsverteidigerInnen wiederholt angeklagt haben – in vielen Konfliktszenarien zu einem „Kriegsgebiet“. In Kolumbien ist dies nicht anders.

„Manchmal kommt es vor, dass bewaffnete Männer Frauen entführen, sie eine gewisse Zeit als sexuelle Sklavinnen gefangen halten, sie vergewaltigen und zur Verrichtung von Hausarbeit zwingen. In einigen Fällen wurden sie durch Vergewaltigungen sexuell verstümmelt und dann ermordet. Frauen werden als Ziele genommen, weil sie Verwandte ‚der anderen Seite‘ sind. Die bewaffneten Akteure bedrohen die Frauen und missbrauchen sie, weil sie solidarisch mit ihren Ehemännern oder Partnern sind, aufgrund der Wahl ihres Partners oder weil sie das Leben ihrer Söhne und Töchter vor gewaltsamer Rekrutierung schützen.“³ So steht es im Bericht über den Besuch der UNO-Sonderberichterstatterin, Frau Radhika Coomaraswamy, vom November 2001 in Kolumbien.

Heute, fünf Jahre nach dem Besuch der UNO-Sonderberichterstatterin, hat der Arbeitstisch Frau und bewaffneter Konflikt, eine interinstitutionelle Plattform zur Koordination und Reflexion über die Gewalt gegen Frauen in Kolumbien, einen Bericht verfasst. Damit will der Arbeitstisch Formen von Gewalt aufzeigen, die sich aus dem bewaffneten Konflikt ergeben und die während des Besuches von Frau Coomaraswamy nicht sehr ersichtlich waren. Zudem wird die Umsetzung der Empfehlungen der UNO-Sonderberichterstatterin kritisch geprüft.⁴ Der Bericht versucht auch auf internationale Instanzen Einfluss auszuüben, damit die Situation weiter beobachtet wird und die jetzige UNO-Sonderberichterstatterin, Frau Yakin Ertürk, Kolumbien einen offiziellen Besuch abstattet.

Zwischen Januar 2002 und Juni 2006 starb in Kolumbien durchschnittlich eine Frau pro Tag aufgrund der sozialpolitischen Gewalt. Als Täter dieser Menschenrechtsverletzungen und Verstösse gegen das Humanitäre Völkerrecht werden 63,48% staatlicher Verantwortung zugeschrieben: 12,52% werden direkt durch Staatsbeamte verübt und 50,96% aufgrund von Unterlassung, Tolerierung, Zustimmung oder Unterstützung von Verletzungen, welche von paramilitärischen Gruppen verübt wurden. Für die restlichen 36,53% wird die Guerilla verantwortlich gemacht.

Amnesty International klagte im Bericht „Kolumbien: Gezeichnete Körper – verschwiegene Verbrechen“ von 2004 die „Vergewaltigung und andere sexuelle Delikte, wie die Verstümmelung der Genitalien, als häufige Praktiken der Sicherheitskräfte und ihrer alliierten Paramilitärs als Teil der Terrorakt-

³ Bericht der UNO-Sonderberichterstatterin über Gewalt an Frauen, deren Ursachen und Folgen, Frau Radhika Coomaraswamy zu ihrem Besuch vom 1. – 7. November 2001 in Kolumbien; www.hchr.org

⁴ Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen der UNO-Sonderberichterstatterin, Arbeitstisch Frau und bewaffneter Konflikt, September 2006; www.mujeryconflictoarmado.org

tiken gegen Gemeinschaften an, welche in Konfliktzonen leben und die der Kollaboration mit der Guerilla bezichtigt werden“. AI weist im Bericht auch darauf hin, dass diese Praktiken, zusammen mit der massiven Vertreibung, mit dem Ziel durchgeführt werden, um die Verbindungen – reelle oder nicht reelle – mit der Guerilla mittels des Terrors zu unterbinden. „In diesem Rahmen ist die Straflosigkeit der Täter nicht zufällig, sondern eine Form der Strategie der Aufstandsbekämpfung. Das Säen von Terror und die Ausbeutung der Frauen, um dadurch militärische Ziele zu erreichen, haben die Körper der Frauen zum Schlachtfeld gemacht.“⁵

Jene Frauen, die in Kolumbien sich für ihre Rechte einsetzen oder sich gegen die Gewalt gegen Frauen engagieren, werden dadurch oft besonders verletzlich. Wenn auch die Drohungen und Übergriffe gegen Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien allgemein von allen bewaffneten Akteuren verübt werden, stimmen der Bericht von ai wie jener vom Arbeitstisch Frau und bewaffneter Konflikt darin überein, dass in den letzten Jahren die Zahl der Anklagen wegen Angriffen gegen Frauenorganisationen zugenommen hat. Die Stigmatisierung der Menschenrechtsorganisationen, welche diese auch auf die abwertende und feindselige Sprache der Regierung zurückführen, hat ihre Verletzbarkeit erhöht und ihre Menschenrechtsarbeit erschwert.

Häusliche Gewalt

Doch die Gewalt gegen Frauen hat ihren Ursprung nicht allein im bewaffneten Konflikt und geschieht auch nicht ausschliesslich im Rahmen des Konfliktes. Die Familie selber ist historisch das Szenario, wo es zu körperlicher und seelischer Misshandlung und zu sexueller Gewalt gegen Frauen kommt. Dieses Phänomen, das sich in allen Gesellschaften zeigt, bleibt oft im privaten Rahmen verborgen und wird nicht angeklagt und auch nicht geächtet. Die Normalität dieser häuslichen Gewalt führt dazu, dass zu deren Eliminierung und Prävention tiefgreifende soziale und politische, aber auch kulturelle Veränderungen notwendig sind, denn diese Form der Gewalt ist eng mit der männlichen Vorherrschaft über die Frauen verbunden, welche eine geschichtliche Konstante ist. Zuhause lernen die Mädchen durch die Erziehung von klein auf, dass sie unterwürfig und gehorsam sein müssen. Zudem lernen sie, dass die häusliche Gewalt eine Form der Strafe und der Erziehung ist.

Nach Informationen des UNO-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR im Rahmen der Aktionen im Departement Atlantico unter dem Titel „Keine Gewalt an Frauen“, werden nach Angaben der Gerichtsmedizin pro Jahr über 70'000 Fälle von häuslicher Gewalt registriert, das sind rund 200 pro Tag. Nur 27% der Opfer haben Klage eingereicht.

Nach einer Umfrage von ENDS haben in Kolumbien mindestens 39% der Frauen körperliche Angriffe von Seiten ihres Ehemannes oder ihres Partners erlitten.

Wenn sich auch die verschiedenen Formen von Gewalt in Kolumbien durch den Kontext des bewaffneten Konfliktes verschärfen – wie es in jeder Konfliktsituation geschieht – verhindert eine verallgemeinerte Sicht dieser Gewalt das Erkennen der spezifischen Gewalt gegen Frauen und verunmöglicht die Erkenntnis, dass die Gewalt in Kolumbien Frauen und Männer in sehr unterschiedlicher Weise trifft.

Diesen Unterschied nicht anzuerkennen, heisst per Definition, die Frauen als Trägerinnen eines – für viele fremden - geschichtlichen Bewusstseins und Gedächtnisses zu ignorieren, ihre Aussagen, ihre Vorschläge, ihre lange Liste von Leid, die unsichtbaren Wunden, die sie auf ihrem Körper tragen und die es wert sind, geheilt und gerecht wiedergut gemacht zu werden, zu verkennen.

4. Gastkolumnist: Das Vallenato – Duell

Die Vorhersage von Alfredo Vásquez Carrizosa ist in Erfüllung gegangen. Zwei Oppositionelle einer bewaffneten aufständischen Organisation, Sonia und Ricardo Palmera (Simón Trinidad) sind in Gefängnissen der USA.

Von Reinaldo Ramirez, unabhängiger Journalist, Manizales

⁵ Bericht von ai „Kolumbien: Gezeichnete Körper, verschwiegene Verbrechen. Sexuelle Gewalt gegen die Frauen im Rahmen des bewaffneten Konfliktes.“ Amnesty International, Oktober 2004, www.amnesty.org

Der verdienstvolle Gründer der kolumbianischen Menschenrechtsbewegung, Alfredo Vásquez Carrizosa, schrieb in einem Leitartikel in der Zeitung El Espectador eine Kritik des Auslieferungsabkommens der Regierung Turbay (1978-82), in der er sagte, dass dieses Instrument gegen politische Straftäter angewendet werden wird. Diese Vorhersage – zu Beginn der 80er Jahre – erfolgte lange vor der Terror-Welle der Drogenhändler, die ihre Auslieferung befürchteten. Carrizosa bekräftigte auch in der Verfassunggebenden Versammlung seine Ablehnung der Auslieferung, da sie gegen die juristische Souveränität der KolumbianerInnen und die Würde der RichterInnen verstösst.

Die Zeiten haben sich geändert und sind vielleicht noch turbulenter als zur Zeit von Turbay und Betancur. Das Drama zeigt sich auf zwei Ebenen vor den Zuschauern der ganzen Welt.

Im Appellationsgericht des Districts Columbia in Washington erwartet Ricardo Palmera das Urteil wegen vermeintlicher Entführung von drei US-Amerikanern. Ein weiteres Verfahren wegen Drogenhandel ist hängig. Er wird beschuldigt, fünf Kilogramm Kokain exportiert zu haben.

In Kolumbien erwartet Rodrigo Tovar Pupo, alias Jorge 40, zusammen mit 64 weiteren Kommandanten der paramilitärischen Verbände AUC, die Vorladung vor Gericht, um alle seine Verbrechen zu gestehen und so in den Genuss der im Gesetz Gerechtigkeit und Frieden vorgesehenen Strafminderung zu kommen.

Die USA verlangen die Auslieferung von Jorge 40, doch diese hängt vom Entscheid des Präsidenten Uribe ab. Im Fall der beiden Mitglieder der FARC war sein Entscheid klar gewesen.

Palmera und Jorge 40 haben Gemeinsamkeiten. Beide verehren den Vallenato und kommen aus der gleichen sozialen Klasse: Grossgrundbesitzer und eng verflochten mit jenen, welche Politik und Administration der Region dominierten.

Palmera war in der Bewegung des Liberalen Luis Carlos Galán aktiv und schloss sich dann der Unión Patriótica UP an. Die UP war im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens von 1984 zwischen der FARC und der Regierung Betancur entstanden. Ehemalige Guerilleros der FARC bildeten die UP mit der breiten Unterstützung von anderen Linksparteien, politischen Bewegungen, Gewerkschaften und anderen sozialen Organisationen. Die eingefleischten Feinde des Friedens zwangen die Familie von Palmera, Kolumbien zu verlassen. Palmera selber, der bereits in die marxistisch-leninistische Doktrin eingeführt war, flüchtete in ein Lager der FARC, betätigte sich dort als Wirtschaftsprofessor bei Bildungsprogrammen für die Guerilleros und trat schliesslich der FARC bei.

Jorge 40 zog es vor, Teil der eingefleischten Feinde des Friedens zu sein und den geheiligten und verehrten Privatbesitz zu verteidigen, welcher durch armselige Bauern und Rebellen mit oder ohne Überzeugung bedroht war. Diese elenden Bauern konnten in die Klauen von kommunistischen Intellektuellen – wie diesem Direktor der Landbank, Ricardo Palmera – fallen.

Palmera war aufgrund seiner Verdienste Unterhändler in San Vicente del Caguán, aber auch aufgrund seiner Prinzipientreue, seines Wissens und seiner Loyalität mit seiner politisch-militärischen Organisation FARC. Palmera spricht fließend Englisch, da er ein Spezialisierungsstudium an der Harvard Universität absolvierte. Hier hatte auch der unübertreffbare Chronist der Mexikanischen Revolution und des Oktoberaufstandes in Russland, John Reed, studiert.

Palmera sprach vor einem verblüfften Richter, welcher nicht verstehen konnte, warum man ein Mitglied einer Rebellenarmee, welche einen Militärhelikopter abgeschossen und die überlebenden Besatzungsmitglieder, drei US-Amerikaner, welche in einer Geheimdienstmission gegen die FARC unterwegs waren, festgenommen hatten, als Terroristen anklagte. Und – zum Gipfel des Ganzen – Palmera hatte an dieser Aktion nicht einmal teilgenommen.

Jorge 40 hält die gesamte regionale Führungsklasse in Atem. Diese befürchtet, dass er die Verbindungen der Netze der Korruption, des Drogenhandels, der Todesschwadronen, der gewaltsamen Vertreibungen, um sich des Bodens zu bemächtigen, die Komplote zur Ermordung von LehrerInnen, RichterInnen, AnwältInnen, GewerkschafterInnen, Oppositionellen und Wahlfälschungen aufzeigen könnte.

Dies hat gar nichts mit dem Altruismus jener zu tun, die sich bewaffnet gegen diesen Staat erhoben haben, den sie als willkürlich und ungerecht empfinden.

Zwei Personen aus Valledupar, zwei Verehrer des Vallenato, zwei antagonistische Positionen, die weitere Entwicklung ungewiss...